

Demonstration „Die rechte Welle brechen“, 24. Februar 2024 in Stuttgart

Barbara Resch, Bezirksleiterin der IG Metall Baden-Württemberg und Vincent Leuze von der ver.di Jugend Baden-Württemberg

Barbara Resch IG Metall:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, heute stehen wir hier in Stuttgart auf dem Marktplatz, vereint in unserer Vielfalt, um ein starkes Zeichen gegen Rechts und für eine offene, bunte Gesellschaft zu setzen. Wir, die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, wissen um die Bedeutung dieses Moments. Denn unsere Geschichte und unsere tägliche Arbeit im Betrieb zeigt uns immer wieder aufs Neue: Demokratie ist nicht selbstverständlich.

Sie muss gelebt, verteidigt und gestärkt werden – jeden Tag. In unseren Werkshallen oder den Büros, in unseren Gesprächen und Aktionen leben wir die Prinzipien der Demokratie. Wir setzen uns ein für Mitbestimmung, für Gerechtigkeit und für Solidarität. Nicht umsonst ist einer unserer Kernslogans: Solidarität gewinnt!

Sie gewinnt aber nur, wenn man sie mit Leben füllt, wenn man für den gegenüber einsteht – wenn man zuhört, wenn man für einen da ist. Wir Gewerkschaften sind mehr als nur

Interessensvertretungen. Wir sind Gemeinschaften, die auf dem Fundament der gegenseitigen Achtung und des Respekts aufbauen. Daher wissen wir auch ganz genau: Jede Stimme zählt, jede Meinung ist wichtig, und nur zusammen können wir etwas bewegen. Und wenn wir heute um uns blicken, sehen wir leider, dass die Werte, für die wir stehen, bedroht sind.

Rechtsextremismus, Hass und Intoleranz gewinnen an Boden. Der rechte Rand zeigt seine Fratze immer offener und ungenierter! Sie zielen darauf ab, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, uns zu spalten, unsere Solidarität zu untergraben und unsere demokratischen Errungenschaften zurückzudrängen! Und wir sehen es auch teilweise in unseren Betrieben, wo sich Gruppierungen formieren, deren wahren Agenda es ist, die Beschäftigten zu spalten, anstatt ihre Interessen zu vertreten. Sie nutzen geschickt die Sorgen und Nöte von Beschäftigten aus, um ihre eigene, engstirnige und ausgrenzende Ideologie zu verbreiten. Die, die Spalter und Hetzer, wollen dass Solidarität eben nicht gewinnt! Aber wir stehen hier, um zu sagen: Nicht mit uns! Diese rechte Welle wird gebrochen, noch bevor die rechten Spinner auf ihr surfen können!

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tragen wir eine besondere Verantwortung. Die dunklen Kapitel unserer Geschichte mahnen uns, wachsam zu bleiben und jedem Versuch, Menschen auszugrenzen oder zu diskriminieren, entschieden entgegenzutreten. Für uns sind Freiheit und Gleichheit nicht nur Worte, sondern Werte, die wir leben und die wir verteidigen –

heute mehr denn je. Ob im Betrieb oder heute hier und jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr alle heute hier auf dem Marktplatz: Lasst uns ein klares Signal senden, eins, das nicht übersehen werden kann: Für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus! Unsere Stärke liegt in unserer Unterschiedlichkeit, in der Fähigkeit, über Grenzen hinweg zusammenzustehen und füreinander einzutreten. Wir sind mehr als die Summe unserer Teile, wir sind eine Gemeinschaft, die auf dem unerschütterlichen Fundament der Menschlichkeit steht – wir sind Demokraten!

Genau deshalb: Engagiert euch, bringt euch ein, seid mutig. Jede noch so kleine Aktion zählt, jeder Schritt ist wichtig! Zusammen sind wir stark. Zusammen können wir eine Zukunft gestalten, die von Respekt, Solidarität und Toleranz geprägt ist. Für uns, für unsere Kinder, für alle, die in dieser Gesellschaft frei leben und arbeiten wollen.

Vincent Leuze, Verdi:

Nicht nur im Alltag, sondern auch auf der Arbeit, erleben wir, wie tief unterschiedlichste Rassismen verankert sind: Der 83-Jährige mit Hüftgelenksfraktur, der die vietnamesische Kollegin aus dem Raum scheucht und von mir versorgt werden will – so eine wie die hat ihm schonmal die Uhr geklaut. Dabei erleben wir aber auch täglich, wie Menschen unterschiedlichster Herkunft Hand in Hand im Krankenhaus zusammenarbeiten. Meine Klinik würde ohne all diese Menschen gar nicht funktionieren. Beim Kampf gegen Rassismus, bei betrieblichem Antifaschismus, dürfen wir uns nicht auf die Arbeitgeber verlassen. Den müssen wir auch selbst führen.

Denn – seien wir mal ehrlich ohne unseren gewerkschaftlichen Kampf werden sich die Verhältnisse nicht verändern. Viel leichter ist es für die Arbeitgeber:innen statt über Rassismus die Diskussion auf die Frage hinzulenken, ob die Büros der Chefetagen diverser besetzt sind und ob dort gegendert wird. Dem dürfen wir aber nicht auf den Leim gehen! Denn nichts ist verlogener als diese Diskussion, wenn eben diese Büros immer noch die outgesourcte migrantische Frau für einen Hungerlohn reinigt!

Ob gemeinsame Veranstaltungen mit den Arbeitgebern gegen das Erstarken der AfD etwas bringen, da habe ich meine Zweifel. Schlimmstenfalls bestätigt man damit, dass man Teil des sog. "Establishments" ist; gegen das sich die AfD/Nazis als vermeintliche einzige Opposition inszenieren können. Wirkungsvoll im Kampf gegen das Erstarken der rechten Welle ist vor allem gegen das von vielen zurecht als unsozial wahrgenommene Regierungshandeln zu mobilisieren, sei es das Asylpaket, Haushaltsplan-Kürzungen, Schuldenbremse, Bürgergeld-Debatte oder das grundsätzliche Rumhacken auf Hilfsbedürftigen.

Gegen soziale Spaltung hilft am besten sich gemeinsam für bessere Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen, für mehr soziale Sicherheit einzusetzen. Durch den gemeinsamen Kampf

erkennen wir, dass Herkunft egal ist, dass es darauf ankommt, ob mensch auf der sozialen Leiter oben oder unten steht. Dass sich diese Umstände verändern lassen, dass es keine rechten Hetzer braucht, die einem Sündenböcke servieren!

Lasst uns doch noch einen kurzen Blick darauf werfen, was die AfD machen würde, wenn sie an der Macht ist (mal abgesehen von der Deportation der an die 20 Mio. Menschen)?

1.) 77.3 BetrVG streichen. Damit die Betriebsräte anstatt der Gewerkschaft zum

Verhandlungspartner der Arbeitgeber in Tariffragen machen. Aber was kann der BR durchsetzen, der im Gegensatz zur Gewerkschaft nicht zum Streik aufrufen darf?

2.) Zwangsschlichtungen in Tarifrunden einführen und damit Streiks fast unmöglich machen, nicht einmal die Androhung eines Streiks hätte dann noch eine Wirkung.

3.) Sollte eine Gewerkschaft sich doch noch trauen gegen das Ergebnis der Zwangsschlichtung zu streiken, müssen nach dem Willen der AfD alle Streiks min. 48H vorher angekündigt werden. In der Industrie zumindest wäre damit dem Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrechern Tür und Tor geöffnet.

Kurz: die AfD will die Gewerkschaften Handlungsunfähig machen. Und das liebe Mitstreiter:innen würde letzten Endes der gesamten Gesellschaft schaden! Denn was wir wahrnehmen, ist Angst.

Angst vor sozialem Abstieg, egal in welcher Branche. Wir im öffentlichen Dienst müssen uns alle Jahre wieder anhören, für uns, für die öffentliche Daseinsvorsorge sei kein Geld da. Derzeit ist Verteidigungsminister Pistorius dabei Vorreiter, denn die politischen Prioritäten sind klar:

Deutschland endlich wieder kriegstüchtig machen!

Aber wir wollen kein zweites oder gar drittes Sondervermögen für Krieg und Waffen, wir wollen ein Sondervermögen für die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, für Bildung und Gesundheit, wir wollen mehr Geld für uns! Lasst uns also gemeinsam dafür einstehen, dass Reiche endlich mehr Steuern zahlen müssen! Kampf gegen Faschismus heißt auch kämpferische Tarifrunden, Kampf für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen! Dafür müssen wir uns in den Gewerkschaften

organisieren und auch im Betrieb die Auseinandersetzung suchen, klare Positionen gegen Rechts vertreten! Wir müssen dabei genauso unermüdlich sein wie alle Antifaschist:innen, die seit Jahren gegen rechts auf die Straße gehen. Ohne ihr kontinuierliches Engagement wären Demos wie heute nicht ohne weiteres möglich, ohne Journalist:innen und ihre Recherchearbeit würden

Entwicklungen wie sie Correctiv ans Licht gebracht hat, oft so lange im Dunkeln bleiben, bis es zu spät ist! In dem Sinne: Danke Antifa!

Wir sehen also wir haben viel vor uns und wir dürfen uns dabei nicht spalten lassen! Abgrenzungen nach Links nützen nur den Nazis! Das hat die Geschichte deutlich gezeigt! Der gemeinsame Gegner sind die Nazis und diejenigen die ihnen zum Aufstieg verhelfen, diejenigen die sie finanzieren, diejenigen die ihre Positionen übernehmen oder die mit ihnen koalieren wollen! Aber wenn ich mir

das hier heute so anschaue, dann habe ich Hoffnung, dass wir das schaffen können! Wir halten die Gesellschaft am Laufen, also können wir sie auch zum besseren verändern! Die Brandmauer steht nicht nur in den Parlamenten, die Brandmauer steht vor allem hier vor mir! In dem Sinne: alle zusammen gegen den Faschismus.